



**CSU**

# Für die *Heimat* Artur Auernhammer



Mehr unter   10/2019  
[artur-auernhammer.de](http://artur-auernhammer.de)

## Bauern-Bashing muss aufhören

Anlässlich der bundesweiten Protestaktion der Bäuerinnen und Bauern am 22. Oktober forderte der agrarpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Artur Auernhammer, in der letzten Plenardebatte zur Agrarpolitik, dass endlich damit Schluss sein müsse, die Landwirte und ihre Arbeit in Verruf zu bringen. „Das Bauern-Bashing muss aufhören“, so Auernhammer. Er habe großes Verständnis für die Probleme und den Unmut der Landwirte.



„Unsere deutschen Bäuerinnen und Bauern sorgen dafür, dass wir als Verbraucher tagtäglich aus einem immer vollen Regal Lebensmittel höchster Qualität und Sicherheit

konsumieren können.“ Trotzdem werde der ganze Berufsstand teilweise in einer Art und Weise beschimpft und diffamiert, die jegliches Maß und jedweden Anstand verloren habe. „Damit wird bewusst aus rein ideologischen Gründen eine Spaltung der Gesellschaft herbeigeführt“, so der CSU-Politiker. In diesem Zusammenhang solle sich auch das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt wieder auf wissenschaftliche Grundlagen berufen und sich nicht von Emotionen und Ideologien von NGOs leiten lassen. „Unsere Landwirte sind bereit, ihren Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz zu leisten“, bekräftigte Auernhammer. Dies müsse aber auf der Basis wissenschaftlicher Fakten erfolgen: „Für mich gilt ganz klar: Wir stehen zu unseren Bäuerinnen und Bauern. Egal, ob konventionell oder ökologisch, Haupt- oder Nebenerwerb, Tierhalter oder Ackerbauer, Fischzüchter oder Biogasanlagenbetreiber. Wir machen Agrarpolitik auf der Basis von Wissenschaft und Praktikabilität – gemeinsam mit Bauern und Gesellschaft.“



Kongress „Unser Wald braucht Zukunft“

Bericht auf Seite 2

**HALBZEIT**  
Bilanz

Flyer steht hier zum Download bereit



## MdB Artur Auernhammer zur Vorstellung des Gutachtens „Pflanzenschutz und Biodiversität in Agrarökosystemen“

„Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats stimmt mich zuversichtlich. Die Beiräte sprechen davon, dass rund 13 % der Veränderungen in der Diversität der Arten auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zurück zu führen sind. Vor diesem Hintergrund war und ist die Kritik am einseitig gegen die Landwirtschaft ausgerichteten Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung richtig. Eines ist nun aber auch klar: Die Bäuerinnen und Bauern tragen nicht die alleinige Verantwortung. Wir brauchen mehr Klarheit und weniger grüne Ideologie, um spürbare Erfolge beim Erhalt der Biodiversität zu erreichen. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben bereits in der Vergangenheit über Agrarumweltmaßnahmen und den Vertragsnaturschutz einen zentralen und wichtigen Beitrag zum Erhalt der Arten in unserer Kulturlandschaft geleistet. Ich bin mir sicher, dass sie auch künftig ihren Beitrag leisten werden und offen sind für kooperative Ansätze.“

# EU-Pflanzenschutzmittelverordnung folgt dem Vorsorgeprinzip



Anlässlich des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 01.10.2019 zur Rechtmäßigkeit der Wiedezulassung des Herbizidwirkstoffs Glyphosat sowie der Vorstellung des Gutachtens „Pflanzenschutz und Biodiversität in Agrarökosystemen“ des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, erklärt der agrarpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Artur Auernhammer: „Die EU-Pflanzenschutzmittelverordnung folgt dem Vorsorgeprinzip. Die Wiedezulassung von Glyphosat ist rechtmäßig. Dies hat der Europäische Gerichtshof richtig gestellt. Meine Hoffnung besteht nun, dass der ideologisch geführte Feldzug gegen den Wirkstoff Glyphosat beziehungsweise gegen den chemischen Pflanzenschutz beendet ist. Eine wissenschaftsbasierte Debatte innerhalb des geltenden Rechts sollte jetzt wieder ideologiefrei möglich sein. Ein moderner und ertragsstabiler sowie ressourcenschonender und klimafreundlicher Ackerbau ohne Pflug, der unsere Böden vor Erosion schützt und einen Beitrag leistet, Kohlendioxid in unseren Ackerböden zu speichern, wird auch zukünftig den Einsatz wirksamer Pflanzenschutzmittel erfordern. Moderne Pflanzenschutzmittel sind auch in Zukunft Bausteine eines nachhaltigen Ackerbaus in Deutschland und in der Europäischen Union.“

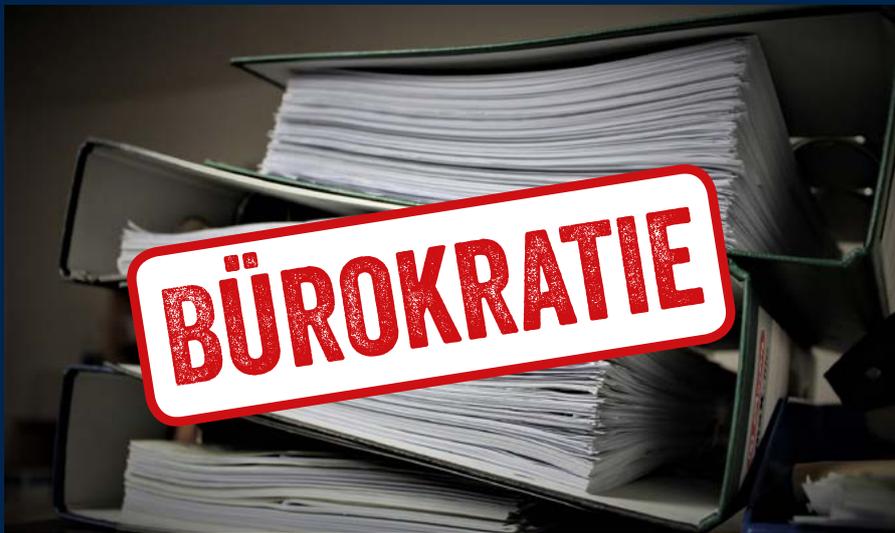
## Kongress „Unser Wald braucht Zukunft“

Vor dem Hintergrund der schweren Schäden durch Stürme, Dürre, Schädlinge und Waldbrände veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23.10.2019 einen Kongress unter dem Motto „Unser Wald braucht Zukunft.“ Eingeladen wurden Forstexperten und Vertreter der Holzwirtschaft, die auf dem Podium aktuelle Probleme erörterten und Lösungsansätze diskutierten. Die schweren Schäden führten 2018/19 zu 105 Millionen Kubikmetern Schadholzanfall und auch das Überangebot an Holz und der daraus resultierende Preisverfall verschärfen die Situation zusätzlich. Dabei ist gerade die Holz- und Forstwirtschaft ein großer Wirtschaftsfaktor, der nicht nur 180 Mrd. Euro Jahresumsatz erwirtschaftet, sondern auch 1,1 Mio. Menschen in 125.000 Unternehmen beschäftigt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stärkt den Beschäftigten der Holz- und Forstwirtschaft den Rücken und setzt sich dafür ein, dass 547 Millionen Euro von Seiten der Bundesregierung für den Waldumbau zur Verfügung gestellt werden. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner verwies in ihrem Vortrag darauf, dass die verfügbaren Gelder nicht nur für die akute Schadenbeseitigung ausgegeben werden, sondern auch in die Forschung fließen müssen, etwa

CDU/CSU  
Fraktion im Deutschen Bundestag



im Bereich des Waldumbaus und der Nutzung des Rohstoffs. Der Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer nahm ebenfalls am Waldkongress teil und warb in seinem Schlusswort für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Dabei betonte der Abgeordnete zudem, dass die Waldforschung gestärkt, der Wald besser geschützt und die Rohstoffe besser genutzt werden müssen.



## Spürbarer Bürokratieabbau geplant

Im Oktober ging das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz in die parlamentarischen Beratungen. Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen und den bürokratischen Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Verwaltung zu verringern. Konkret ist beispielsweise geplant, dass Krankschreibungen nicht mehr in Papierform beim Arbeitgeber eingereicht werden müssen, sondern dieser die entsprechenden Daten direkt bei der Krankenkasse abrufen kann.



### Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

### Reform der Hebammenausbildung beschlossen

Im Deutschen Bundestag wurde das Hebammenreformgesetz verabschiedet, mit dem die Ausbildung des Berufes akademisiert wird. Vorgesehen ist ein duales Hochschulstudium mit einem hohen Praxisanteil, das zwischen sechs und acht Semestern dauern soll und mit dem akademischen Grad des Bachelors abgeschlossen wird. Voraussetzung für das Studium ist eine zwölfjährige Schulausbildung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem Pflegeberuf. Nach Annahme durch die Hochschule wird mit einem Krankenhaus ein Vertrag für den berufspraktischen Ausbildungsteil geschlossen. Durch das entsprechende Krankenhaus erhalten die Studenten während der gesamten Dauer des Studiums eine Ausbildungsvergütung. Mit dem Hebammenreformgesetz möchte die Bundesregierung nicht nur die Ausbildung moderner und attraktiver machen, sondern auch die Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union fristgemäß umsetzen.



Knapp 50 Besucher aus der Stadt Ansbach sowie den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen waren der Einladung des Wahlkreisabgeordneten Artur Auernhammer nach Berlin gefolgt. 4 Tage lang erlebte die Gruppe ein abwechslungsreiches und spannendes Programm wie den Besuch des Verkehrsministeriums, Schloss Cecilienhof und der Bayerischen Landesvertretung. Weitere Highlights waren die Teilnahme an einer Plenarsitzung sowie die Besichtigung des Bundeskanzleramtes.

# Halbzeitbilanz mit dem parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Stefan Müller

HALBZEIT  
Bilanz

Flyer steht  
hier zum  
Download  
bereit

... im Merkendorfer Ortsteil Neuses



Unter dem Motto „Halbzeitbilanz“ fand im Merkendorfer Ortsteil Neuses ein Politischer Frühschoppen mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Stefan Müller statt. In seiner Begrüßung stellte der zuständige Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer die Erfolge für die Region dar. So konnten im Jahr 2018 5,4 Mio Euro an Baukindergeld für 254 Familien bewilligt werden. Durch das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ flossen im Jahr 2019 bereits 2,34 Mio Euro in die Region. Für 20 Projekte im Wahlkreis, der aus der Stadt Ansbach, dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen besteht, wurde eine Summe von 16,4 Mio Euro gewährt. Zusätzlich wurden Einzelmaßnahmen in Langenaltheim, Colmberg und Rothenburg ob der Tauber mit knapp 1,5 Mio Euro gefördert.

Ein besonderes Anliegen ist Artur Auernhammer der Ausbau der Verkehrswege. Hier konnte

erreicht werden, dass sieben Projekte bei Bundesfernstraßen in den „Vordringlichen Bedarf“ (die höchste Dringlichkeitsstufe) des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurden.

Unterstützt wird auch das internationale Programm zur Ausbildung von Landwirten aus Afrika an der Hochschule Triesdorf.

Stefan Müller ging auf die Arbeit der Bundesregierung ein. Diese stehe zu Unrecht im Ruf, keine Projekte voranzubringen. Dies ist nicht der Fall. So konnte Familien das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht werden. Auch wurden 5,5 Mrd. Euro für bessere Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Mit dem Sofortprogramm für Pflege wurden 13.000 zusätzliche Stellen geschaffen, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sollen sukzessive verbessert werden. Mit dem Digitalpakt wurde die Ausstattung der Schulen verbessert.

Auch für Arbeitnehmer wurde einiges erreicht. So fand eine Beitragsentlastung bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung statt, der Mindestlohn wurde erhöht und durch geänderte Einkommensgrenzen hätten mehr junge Menschen die Möglichkeit, BAföG zu erhalten.

Stefan Müller sprach sich dafür aus, die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode fortzusetzen. Die CSU sei der Stabilitätsanker der Regierung. Leider sei die SPD momentan mehr mit sich selbst beschäftigt.

In der nachfolgenden Diskussionsrunde wurden verschiedene Themen wie die Nullzinspolitik der EZB, die zunehmende steuerliche Belastung durch die kalte Progression, die hohe Komplexität von Bundesförderprogrammen und weitere Themen angesprochen, die Stefan Müller und Artur Auernhammer gemeinschaftlich fundiert beantwortet haben.

# Kreistagsliste der CSU Weißenburg-Gunzenhausen wurde aufgestellt



Die CSU im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen hat ihre Liste für den Kreistag verabschiedet. Auf Platz eins steht Landratskandidat Manuel Westphal, gefolgt von dem Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer aus Weißenburg auf dem zweiten Platz. Auf Platz drei findet sich Bürgermeisterkandidatin Dr. Dr. Kristina Becker aus Treuchtlingen.

Aus jeder der 27 Gemeinden des Wahlkreises gibt es mindestens einen Bewerber. Insgesamt stehen auf der 60-köpfigen Liste ein Bundestags- und ein Landtagsabgeordneter sowie ein stellvertretender Landrat, 13 amtierende Bürgermeister und sechs Bürgermeisterkandidaten.

18 Bewerber sind bereits aktive Mitglieder im Kreistag. Außerdem sind viele der Kandidaten bereits als Stadt- oder Gemeinderäte sowie ehrenamtlich engagiert. „Mit dieser ausgewogenen Liste können wir wirklich guten Mutes in den Kommunalwahlkampf ziehen“, so Artur Auernhammer.



## Burgtag in Colmberg



Frau Staatsministerin Michaela Kaniber sprach auf Einladung des CSU-Ortsverbands Colmberg vor zahlreichen Gästen aus der Region. Als bayerischer Landwirtschaftsministerin sei es wichtig, auf die derzeitige Situation der Landwirte hinzuweisen. Diese stünden zu Unrecht in der Kritik der Öffentlichkeit. Wenn die Bürger mehr regionale Produkte kaufen würden, wäre schon viel getan. „Damit spricht mir Michaela Kaniber aus der Seele“, so Artur Auernhammer.

### So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag  
Artur Auernhammer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030.227-78797  
Artur.Auernhammer@bundestag.de

[www.artur-auernhammer.de](http://www.artur-auernhammer.de)

Mehr unter  

### Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

CDU / CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Bestellservice des Deutschen Bundestages